



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

nicht nur der akademische Rat, sondern die Mehrheit der Dresdner Kunstgenossenschaft auf einem ganz andern Boden künstlerischer Anschauungen als sie. Wir zweifeln aber daran, daß sich in Dresden zwei Ausstellungen halten könnten. Ist das in München schon nicht der Fall, trotz seines viel größern Fremdenverkehrs und der langjährigen Gewöhnung der Bevölkerung an die Ausstellung, so darf man erst recht behaupten, daß in Dresden ein derartiges Unternehmen auf eine Reihe von Jahren hinaus geschäftlich nicht lohnen würde, zumal wenn, wie vorgeschlagen worden ist, den Sezessionisten die Kosten der innern Ausstattung der Ausstellungshalle überlassen bleiben. Die Münchner Genossenschaft hat für die Einrichtung des Glaspalastes im Laufe der Jahre gegen eine Million Mark aufgewendet, die Sezessionisten aber dürften kaum in der Lage sein, auch nur einen Teil dieser Kosten aus eignen Mitteln aufzubringen. Da sie nun zunächst nicht daran denken, ihren Wohnsitz von München wegzuverlegen, dessen Anziehungskraft für Künstler sich ja auch an ihnen bewährt hat, so werden wir wohl das Schauspiel erleben, daß sie einer nach dem andern wieder um Aufnahme in die Genossenschaft nachsuchen werden, die ihnen denn auch, wenn sie klug ist, keine großen Schwierigkeiten machen dürfte. Wir hoffen, daß den Herren die Einsicht von der Notwendigkeit dieses Schrittes recht bald komme; es wird ihr eigner Vorteil sein, wenn sie durch ihre Teilnahme an den Genossenschaftsausstellungen den Ruf Münchens als Kunststadt wieder vermehren helfen, nachdem sie ihn durch ihren Austritt rücksichtslos zu verkümmern bestrebt gewesen sind.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Stellung der konservativen Partei zum Antisemitismus. Nachgerade wird es auch dem verbohrtesten Fortschrittsmann begreiflich, daß der Antisemitismus eine Erscheinung ist, die weder niedergeschrien noch totgeschwiegen werden kann. Die Wahl Ahlwardts in Arnswalde und der Verlauf des letzten konservativen Parteitags reden eine so deutliche Sprache, daß auch die hören müssen, die bisher nicht haben hören wollen. Im Stammlande der preussischen Monarchie haben Tausende von königstreuen, konservativen, ehrenfesten Männern einen Antisemiten von mindestens zweifelhaftem Rufe gewählt, und unter dem Rufe: Ahlwardt! ist in Berlin zu Gerichte geseffen worden über die bisherige Leitung der konservativen Partei. Man mag die Wahl Ahlwardts betäubend und die Haltung der großen Masse der konservativen Abgeordneten auf dem Parteitage tadelnswert finden, man mag die demagogischen Formen, in denen sich die Parteiverammlung gegenüber den alten Parteihäuptern gefiel, für unvereinbar halten mit konservativer Art, man mag darüber klagen, daß der Parteitag mehr einer lärmenden antisemitischen Volksversammlung, als einer Versammlung ruhiger Männer glich, die „in ernster Arbeit und von hohen politischen Zielen geleitet der Herausgestaltung des ihnen Gemeinsamen oblagen,“ aber man wird dadurch die entscheidende Thatsache nicht aus der

Welt schaffen können, daß die jetzige konservative Parteileitung allen Boden im Volke verloren hat, und daß die konservative Partei zu Grunde gehen muß, wenn sie es nicht versteht, die volkstümliche Bewegung in sich aufzunehmen, die unaufhaltsam fortschreitend die Bevölkerungsschichten ergreift, auf denen die Stärke des Staates ebenso wie die der konservativen Partei beruht.

Die konservative Partei möge sich des Ernstes ihrer Lage wohl bewußt werden. Der Abfall der Kerntruppen der Partei, der Bauern, der Handwerker und der kleinen Beamten, der sich schon im vorigen Jahre so deutlich bei der Wahl in Rassel gezeigt hatte, ist noch kein endgiltiger; man wählt antifemitisch, weil man aufs äußerste unzufrieden ist mit der Parteileitung, weil man ihr vorwirft, daß sie die Interessen des Mittelstandes nicht mit der Energie vertrete, wie es die Wichtigkeit dieses Standes verlange, weil man das Zusammengehen mit den weiter nach links stehenden Parteien verwirft, und weil man will, daß die konservative Partei eine soziale Reformpartei werde, die sich ebenso scharf vom Manchesterium scheidet, wie von der Sozialdemokratie. Die Wahl Ahlwardts und der Beifallsjubel, der jedesmal bei Nennung seines Namens auf dem konservativen Parteitage ausbrach, waren der schärfste Protest der konservativen Bevölkerungsklassen gegen die jetzige Parteileitung, ein unartikulierter Schmerzensschrei des von allen Seiten bedrängten Mittelstandes, dem seine Führer nicht das gewesen sind, was sie ihm sein sollten, sie waren die unverhüllte Drohung mit dem Abfall von der Partei. Den Abfall selbst enthielten sie noch nicht.

Die Drohung wird aber ausgeführt werden, wenn die Partei fortfährt, Großgrundbesitzerinteresse und Konservativismus für gleiche Begriffe zu halten und nichts weiter zu sein, als eine Spielart innerhalb jenes großen, zur bloßen Abwehr der Sozialdemokratie erfundenen saft- und kraftlosen Ordnungsmischmaschs, den man „den Zusammenschluß aller staatserkhaltenden Parteien“ nennt, der aber im Grunde nichts anderes ist und sein kann, als ein Heerbann des Manchesteriums. Nur die eignen Fehler und Unterlassungen der konservativen Partei sind es, die ihre Anhänger in die Arme des Antifemitismus treiben. Statt daher über die Ausschreitungen des Parteitages entrüstet zu sein, sollte man dafür sorgen, daß die Partei wieder volkstümlich werde, daß die Fühlung zwischen den breiten Massen des Mittelstandes und der Partei wiederhergestellt werde, für deren Fehlen gerade jene beklagten Ausschreitungen den unwiderleglichen Beweis geliefert haben. Was auf dem Parteitage unter stürmischem Beifall ausgesprochen wurde, das sagen und denken Tausende von konservativen Männern im ganzen Reiche, die vom Antifemitismus als solchem nichts wissen wollen: lieber zehn Ahlwardts, als einen Freisinnigen, und doch ist es gerade das, was die Parteiführer nicht begreifen zu können scheinen.

Es ist aber die höchste Zeit, daß sie das begreifen lernen, und daß sie die ungeheure Verantwortlichkeit erkennen, die nicht etwa die ihrer Führer beraubten Massen, sondern sie selbst trifft, wenn die urwüchsige, aus dem Mittelstande hervorgehende Bewegung nicht zu einer Verjüngung der konservativen Partei und zu einer segensreichen, die schwersten Volksschäden heilenden Reformbewegung führt, wenn sie statt dessen ausläuft in eine verheerende, ziel- und planlose Judenverfolgung.

Aus dem Antifemitismus den berechtigten Kern herauszuschälen, den Strom dieser wilden und doch innerlich so urdeutschen Bewegung in ein geregeltes Bett zu zwingen und seine gewaltige Kraft auf diese Weise dem deutschen Leben nutzbar zu machen, das ist die Aufgabe der konservativen Partei für jetzt und in der

nächsten Zukunft. Daß diese Aufgabe schwer ist und heute schon schwieriger ist, als sie es vielleicht noch vor einem Jahre war, weil die antisemitische Partei seitdem ungeheure Fortschritte gemacht hat, soll nicht geleugnet werden. Schwer ist aber bisher noch jede rettende That von weltgeschichtlicher Bedeutung gewesen, und hier handelt es sich um eine solche rettende That, um die Erhaltung der Bevölkerungsklassen, die noch stets ausschlaggebend gewesen sind für die Geschichte und die Macht und Bedeutung eines Volks, um die Erhaltung des Mittelstandes, den nicht ein wilder und nutzloser Zornausbruch gegen die Juden als solche, sondern allein eine konservative Sozialpolitik zu retten vermag.

Vermessen wäre es, wenn wir hier der konservativen Partei in diesem ihr obliegenden Kampfe für unser deutsches Volkstum ein Programm vorschreiben und im voraus sagen wollten, wie sie diesen über eine lange Zeitperiode sich erstreckenden Kampf im einzelnen zu führen habe. Wir können nur die allgemeine Richtung bezeichnen, in der nach unsrer Ansicht die konservative Partei vorzugehen hat.

Der Antisemitismus begeht den Grundfehler, daß er zwei Fragen zusammenwirft, die von einander getrennt und verschieden behandelt werden müssen, eine nationale und eine soziale Frage. Weil er diese Fragen nicht trennt und aus ihnen eine allgemeine Judenfrage macht, muß er eine demagogische, in Zielen und Mitteln unklare und unfruchtbare Bewegung bleiben. Die nationale Frage, die Frage, ob das Judentum als Rasse unser Volkstum schädigt, ist aber eine berechtigte Frage nur insoweit, als es sich um die Verhütung künftiger Einwanderung des Judentums aus dem Osten handelt. Die Juden, die wir bisher in unser Volkstum aufgenommen haben, können wir nicht wieder abstoßen, weil sie mit tausend Fäden schon mit uns zusammenhängen, weil sich eine Grenze zwischen ihnen und den Deutschen weder nach Rasse noch nach Religion ziehen läßt. Sie sind deutsche Staatsbürger, manche von ihnen sogar vortreffliche deutsche Staatsbürger geworden, und wir müssen sie als solche anerkennen mit allen Rechten, die deutschen Staatsbürgern zukommen. Was in nationaler Beziehung allein geschehn kann, das ist nur, daß der Einwanderung aus Polen und Galizien ein Niegel vorgeschoben werde. Alles übrige ist vom Ubel, weil es undurchführbare Forderungen enthält, und ist auch gänzlich unnötig, weil, sobald nur die fernere Einwanderung unmöglich gemacht wird, das deutsche Volk die bis jetzt aufgenommenen Juden aufzusaugen die Kraft hat.

Aus der so gezeichneten Beschränkung der nationalen Frage folgt aber ohne weiteres die Verkehrtheit der Stellung der Antisemiten zur sozialen Frage, die Unzulässigkeit einer Beschränkung des Kampfes gegen soziale Übelstände auf einen Kampf gegen die jüdischen Mitbürger, bei denen jene Übelstände zu Tage treten. Diese Juden sind Deutsche, und sie müssen es bleiben. Wer daher nicht bloß auf die Juden schimpfen will, sondern sich ernstlich die Frage vorlegt, wie diesen Übelständen abzuhelfen sei, der wird mit Notwendigkeit dahin gedrängt, anzuerkennen, daß wir gegen diese Mitbürger, die wir nicht abstoßen können, unmöglich ein Ausnahmegesetz haben können, und der unterläßt das Schelten auf diese Juden als Juden, wenn er überhaupt sachlich sprechen und nicht persönlich verunglimpfen will.

Aber noch etwas andres kommt hinzu. Die sozialen Übelstände, die wir beklagen, Selbstsucht und Habsucht, unredliches Geschäftsgebahren, Profitwut, Unfittlichkeit und Üppigkeit, und die unser Antisemitismus den Juden allein in die Schuhe zu schieben für gut findet, zeigen sich ebenso wie bei uns auch in andern Kulturnationen, die weniger als wir mit Juden durchsetzt sind, in dem gleichen Maße, ja in schlimmerm Maße, und sie zeigen sich auch bei uns nicht nur in

jüdischen, sondern auch in sehr germanischen Kreisen. Es sind allgemeine Übelstände, an denen zwar die Juden einen hervorragenden Anteil haben, die aber nicht in ihnen, sondern in einer schlechten sozialen Blutverteilung ihren Grund haben, und die nicht mit den Juden, sondern erst dann beseitigt sein werden, wenn diese schlechte Blutverteilung in unserm Volkskörper geheilt ist, wenn der Mittelstand wieder erstarkt ist, und wenn endlich dem weitern Zerfall unsers Volks in wenige Besitzende einerseits und eine Unzahl Besitzloser andererseits Einhalt geboten ist.

Verbot der jüdischen Einwanderung einerseits und Hebung des Mittelstandes durch soziale, von jeder gehässigen Ausnahmebestimmung freie Reformen andererseits — das muß die Parole sein, unter der die konservative Partei wieder volkstümlich werden, kämpfen und siegen wird. Bei der Durchführung dieses Programms wird sie sicher mit den sogenannten Freikonservativen und den Nationalliberalen in unversöhnliche Feindschaft geraten, wahrscheinlich auch der jetzigen Regierung gegenüber in scharfe Opposition treten müssen. Möge sie sich dadurch nicht beirren lassen! Das Kartell ist tot, die Mittelparteien sind ratlos, ohne feste Grundsätze, in sich gespalten und in voller Auflösung begriffen, und die gegenwärtige Regierung lebt, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Herrn Miquel, aller höhern Gesichtspunkte bar, in sozialpolitischen Dingen durchaus von der Hand in den Mund. Der soziale Bismarck ist noch nicht gekommen; aber er wird kommen, weil er kommen muß, und es ist die Aufgabe der konservativen Partei, d. h. der wahrhaft konservativen Partei, die den Konservativismus nicht für gleichbedeutend hält mit Regierungsfreundlichkeit um jeden Preis, für ihn und für die von ihm durchzuführende Sache der Volkserneuerung den Boden zu bereiten.



## Litteratur

Briefe Thomas Carlyles an Barnhagen von Ense aus den Jahren 1837 bis 1857. Übersetzt und herausgegeben von Richard Preuß. Berlin, Gebrüder Paetel, 1892

Die Briefe Carlyles an Barnhagen von Ense, die hier gesammelt erscheinen, sind im Verein und Zusammenhang mit andern Zeugnissen der unablässigen Bestrebungen des großen englischen Schriftstellers, deutscher Geschichte und deutschem Geistesleben gerecht zu werden, sicher nicht ohne Wert. Es geht im ganzen eine schöpferische und freie Erkenntnis des eigentlichen Kerns deutschen Wesens durch sie hindurch, eine Erkenntnis, die sich gleich in dem ersten Briefe vom 31. Dezember 1837 in dem Satze offenbart: „Der deutsche Stamm ist jetzt offenbar in der Erhebung; es scheint, als ob er bestimmt sei, den größten Teil des Erdkreises einzunehmen und einige Zeit zu beherrschen! Tapferkeit, ihre charakteristische Eigenschaft nach Goethe, verdient es.“ Gewiß haben, außer einer Reihe von geistvollen Bemerkungen und Urteilen, die Mitteilungen Carlyles über seine Arbeit an dem Buche „Friedrich der Große,“ über „das qualvolle Ringen mit der Fremdartigkeit des Stoffes, mit dem beständigen Mangel an Büchern und Forschungsmaterial aller Art, mit den Bedenken, die ihm aus der räumlichen Entfernung von den Schauplätzen der zu schildernden Begebenheiten erwachsen,“ für deutsche Leser ein ganz besonderes Interesse. Gleichwohl bleibt der schließliche Eindruck geteilt. Mit